



Industrie- und Handelskammern  
in Bayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihr Ansprechpartner**

Aaron Gottardi

**Mail**

aaron.gottardi@muenchen.ihk.de

**Telefon**

089 5116-2012

**Datum**

05.02.2019

### **Bayern: Unsichere Perspektive bremst Wachstum ein**

Wirtschaftspolitische Risiken nehmen zu

München – Bayerns Wirtschaft bleibt stark, schaltet aber beim Wachstum einen Gang nach unten. Zu diesem Ergebnis kommt die aktuelle Konjunkturumfrage des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages (BIHK) unter rund 3.500 Unternehmen im Freistaat, die BIHK-Präsident Eberhard Sasse und Hauptgeschäftsführer Manfred Gößl heute in München vorstellten. Der aktuelle Konjunkturindex ist gegenüber Herbst moderat um drei Zähler auf 128 Punkte gesunken. „Die Wirtschaft im Freistaat ist aber weiterhin in guter Verfassung“, stellt Sasse fest.

Das gilt vor allem für die aktuelle Geschäftslage: 56 Prozent der befragten Unternehmen im Freistaat bezeichnen die Lage als „gut“, sechs Prozent sind unzufrieden. Gegenüber Herbst und Jahresbeginn 2018 hat sich das Bild nur geringfügig nach unten korrigiert. Anders schaut es hingegen bei den Geschäftserwartungen der Betriebe aus. Der Saldo der Meinungen, ob die Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten wachsen oder sich eintrüben, liegt derzeit bei neun Punkten. Das ist weniger als die Hälfte vom Vorjahr (19 Punkte). „Wir registrieren, dass sich die Konjunktur in Bayern spürbar abschwächt. Das ist aber kein Grund, um für die weitere Zukunft jetzt schwarz zu sehen“, betont Gößl.

Für die verminderten Erwartungen gibt es laut Gößl mehrere Gründe. Nach wie vor bleibt der Fachkräftemangel mit 63 Prozent das größte Geschäftsrisiko. „Erstmals seit vier Jahren ist dieser Wert nicht mehr angestiegen. Nicht weil der Engpass am Arbeitsmarkt kleiner geworden ist, sondern weil die Unternehmen die politischen und konjunkturellen Risiken aktuell stärker gewichten“, so Gößl.

Fast die Hälfte aller Unternehmen (48 Prozent) sehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risikofaktor. Neben außenpolitischen Ereignissen wie dem Brexit nennen die Betriebe strukturelle Aspekte wie die hohe Steuer- und Abgabenlast und die starke Regulierungsdichte. Auf Platz drei der Risiken steht mit 41 Prozent die Inlandsnachfrage. Der Wert ist fünf Punkte höher als im Herbst und 17 Punkte höher als vor einem Jahr. „Die reine konjunkturelle Entwicklung ist kein Selbstläufer mehr“, erklärt Gößl.

Zusammengenommen beeinflussen alle diese Faktoren die Investitionsplanungen. 28 Prozent der Unternehmen wollen mehr investieren, zwölf Prozent weniger. Seit Herbst ist der Saldo der Investitionsneigung somit von 22 auf 16 Punkte gesunken, der niedrigste Stand seit drei Jahren. Nahezu keine Änderung gibt es in den Beschäftigungsplänen: 21 Prozent möchte Personal einstellen, nur zehn Prozent Stellen streichen. Das ist ein wichtiges Signal für die Konjunktur, ist BIHK-Hauptgeschäftsführer Gößl überzeugt: „Der Stellenaufbau in Bayern geht weiter. Mehr Jobs bedeuten mehr Einkommen und damit einen Impuls für die Inlandsnachfrage“.

Angesichts des langsameren Wachstums fordert BIHK-Präsident Eberhard Sasse die Politik auf, die Standortbedingungen für die Unternehmen zu verbessern. „Beim Bürokratieabbau muss jetzt endlich ernst gemacht werden. Gerade die kleinen und mittelständischen Betriebe werden mit immer mehr Aufwand in Form von Auflagen und Regulierungen belastet. Stattdessen muss die öffentliche Verwaltung die eigenen Hausaufgaben beim E-Government machen, um effizienter und schneller zu werden – das hilft auch den Unternehmen“.

Mit Blick auf Länder wie Frankreich und die Vereinigten Staaten mahnt Sasse, den Steuerwettbewerb nicht zu verschlafen. „In vielen Ländern liegt das Besteuerungsniveau bereits bei unter 25 Prozent. Deutschland muss hier ebenfalls den Hebel ansetzen, sowohl für Personen- als auch für Kapitalunternehmen. Das schafft die Ressourcen für Innovation und Investitionen“. Hilfreich sei zudem die Anpassung der Abschreibungsregeln: „Technologien wandeln sich heute deutlich schneller als in der Vergangenheit. Dementsprechend braucht es beschleunigte Abschreibungen, die sich an der rasanten Wertminderung orientieren. Drei oder gar fünf Jahre sind zu lange, um beispielsweise ein Smartphone abzuschreiben“, betont BIHK-Präsident Sasse.